

## **Kommunale Integrationsarbeit mit System.** Voraussetzungen, Herausforderungen, Nutzen

Dietrich Thränhardt

### **1. Integration**

„Integration“ ist europaweit und in der EU zu einem allgemein anerkannten Leitprinzip geworden. Die alternativen Leitmodelle des Multikulturalismus und der Assimilation, die noch in den neunziger Jahren weiten Zuspruch hatten, haben an Reiz verloren:

- der Multikulturalismus, weil er nicht ausreichend positive Prinzipien und Spielregeln der Zusammengehörigkeit der Gesellschaft vermitteln kann,
- die Assimilationsvorstellung, weil sie in einer offenen Welt und in einer pluralistischen Gesellschaft der Bürgerrechte und der Religionsfreiheit nicht realistisch ist und nicht als legitim gilt.

In einer demokratischen Gesellschaft bedeutet Integration zunächst Teilhabe und Teilnahme an allen Bürgerrechten und -pflichten, sowohl bei der Mitwirkung in Institutionen wie bei allen Leistungen an die Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft. Der volle Rechtsstatus einschließlich der Staatsangehörigkeit ist sowohl zur individuellen Durchsetzung als auch zur Sicherung der Interessenbalance innerhalb des Gemeinwesens notwendig. Bleiben breite Kreise und vor allem identifizierbare größere Gruppen längere Zeit ohne Wahlrecht, so ist abzusehen, dass dies zu entsprechenden Schiefagen bei den Politikergebnissen führt. In dieser Hinsicht sind uns unsere niederländischen Nachbarn voraus (Schaubild 1).

Pluralistische Lösungen sind dagegen im kulturellen und religiösen Bereich möglich. Zwar gehören kulturelle Symbole und Praktiken zum Konsens- und Integrationsbestand einer Gesellschaft, auch wenn sie sich im Zeitablauf verändern, es gibt jedoch auch kulturelle Elemente, die pluralistisch angelegt sind. Das kardinale Beispiel dafür ist die Koexistenz der Konfessionen, die in Europa nach langen Auseinandersetzungen erreicht worden ist, sowohl auf der individuellen Ebene der Religionsfreiheit als auch auf der Ebene der Anerkennung der Religionsgemeinschaften. Dies ging einher mit einer Abschwächung des Absolutheitsanspruchs etwa der Katholischen Kirche und mit der Anerkennung von Pluralismus und Demokratie in der Entwicklung vom *Syllabus errorum* zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Ein entsprechender Prozess der gegenseitigen Anerkennung könnte ähnlich lange dauern.

Soweit Lebensbereiche nicht integrativ, sondern plural organisiert sind, müssen sie in einem Gemeinwesen gleicher Rechte symmetrisch angelegt sein. Wenn es also bestimmte staatlich geförderte Sonderformen wie Wohlfahrtsverbände, Konfessionsschulen, konfessionelle Bibliotheken oder Vereine etc. gibt, muss es prinzipiell möglich sein, derartige Einrichtungen für alle Konfessionen bzw. Weltanschauungsgruppen zu schaffen, zumindest nach einer gewissen Übergangszeit und selbstverständlich im Rahmen der Verfassungsordnung. Die Alternative sind offene Systeme mit Zugangsmöglichkeiten für alle, wie dies in Deutschland etwa für Gewerkschaften und Sportvereine der Fall ist. Existieren Zugangssperren, so entsteht eine Diskriminierungssituation, wie es z. B. im österreichischen Sport der Fall ist, wo die kroatischen Einwanderer in einer besonderen Fußballliga spielen und der soziale Wohnungsbau nur Staatsbürgern offen steht. Dies hat einschneidende Folgen für die Lebensqualität, führt zu Segregation und ruft wiederum Abwehrreaktionen der Bevölkerung hervor.

Eine Stadt kann in ihrer inneren Struktur nur dann reibungslos funktionieren und in Bezug auf die Standortkonkurrenz nur dann erfolgreich sein, wenn sie es allen ihren Mitgliedern möglich macht, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten voll auszubilden, zu entfalten und einzubringen. Dazu gehört insbesondere die volle Einbeziehung in das Bildungs- und Ausbildungssystem und eine besondere Förderung des Einstiegs neuer Mitglieder in die Gesellschaft. Erfolgreiche Städte kultivieren ein hohes Maß an Diversität und ziehen die besten Talente aus der ganzen Welt an – mit dem vielzitierten Begriff Saskia Sassens werden sie als *global cities* bezeichnet. Durch die raschen wirtschaftlichen Veränderungen

entstehen hohe Anforderungen an die Adaptionsfähigkeit des Einzelnen, die durch Planung, Management und Koordination der Stadt ausbalanciert oder in Grenzen gehalten werden müssen. Dabei ist es wichtig, kostengünstig und erfolgversprechend, Probleme nicht ex post zu bearbeiten, sondern durch eine ausgewogene Planung von vornherein zu vermeiden. Ist beispielsweise ein Stadtviertel erst einmal mit einer Negatividentifikation versehen, so ist der Aufwertungsprozess schwierig. Es muss also darum gehen, derartige Prozesse durch Stadtmanagement zu vermeiden oder abzufangen.

Im internationalen Vergleich sehen wir zunächst mit einer gewissen Überraschung, dass segregative Effekte auch in Ländern auftreten können, die über eine sehr ausgebaute Sozialpolitik verfügen. Ein Beispiel sind die großen Sozialsiedlungen in den Vorstädten von Paris, Marseille, Stockholm oder Göteborg, die weitgehend von Immigranten bewohnt werden und insofern abgestempelt sind. Die Erklärung zu Zonen besonderer Erziehung (ZEP), die derartige Gebiete in Frankreich erfahren haben, hat diese Stigmatisierung noch einmal verstärkt. Insofern kann öffentliche Förderung kontraproduktiv sein. Ein anderes Beispiel ist die starke schulische Separation der Zuwanderer-Kinder in den niederländischen Grundschulen, die auf die weitere Bildungskarriere ausstrahlt und heute zu einer Situation geführt hat, in der in der Öffentlichkeit und sogar in offiziellen Dokumenten von „weißen“ und „schwarzen“ Schulen die Rede ist, wenn Konzentration etwa türkischer oder marokkanischer Schüler gemeint sind (vgl. Tabelle).

Gut gemeinte sozialpolitische Maßnahmen können auch negative Effekte mit sich bringen. Dies gilt etwa für das niederländische Arbeitsunfähigkeits-System, in das jahrzehntelang immer mehr Menschen hineingenommen worden sind, um sie vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Jeder sechste Einwohner der Niederlande im arbeitsfähigen Alter wird heute in diesem System versorgt. „Holland ist krank“, hat das der frühere niederländische Ministerpräsident Lubbers kommentiert. Da auch besonders viele Einwanderer betroffen sind, hat sich in den Niederlanden das Klischee verbreitet, viele Einwanderergruppen, etwa auch Türken und Marokkaner, seien zu Arbeit wenig zu gebrauchen – eine Einstellung, die langfristig kontraproduktive Folgen hat.

Eine andere Gefahr ist der *backlash* gegen Minderheiten, der sich gegen deren besondere Förderung richtet. Die schlimmste Kombination dabei ist die Mischung einer nur proklamativen Minderheitenförderung, die in der Öffentlichkeit den Eindruck der disproportionalen Bevorzugung der Minderheit erweckt und auf diese Weise negative Reaktionen der Mehrheitsbevölkerung motiviert, andererseits aber materiell dieser Minderheit nicht entscheidend hilft. Derart gut gemeinte symbolische Politik, die vielfach als eine Art Placebo dient und nach amerikanischem Vorbild vielfach gefordert wird, hat in vielen Fällen zu explosiven Politikmischungen geführt, wie wir sie im Jahr 2000 in den Niederlanden beobachtet haben.

Integration ist ein Prozess und nicht ein abschließbarer Vorgang. In der offenen Welt von heute, insbesondere in einem immer offener werdenden Europa, wandern immer neue Gruppen zu, entweder weil sie neue Chancen ergreifen und auch bringen oder weil sie in ihrer bisherigen Heimat keine Perspektive haben. Zugleich können sich durch den raschen wirtschaftlichen Wandel Ausgrenzungsprozesse einheimischer Gruppen ergeben, deren ökonomische Grundlage wegfällt oder die gestiegenen Rationalitätsanforderungen nicht gewachsen sind. Kommunales Management hat die Aufgabe, diesen Wandel zu steuern, voranzutreiben und abzufedern. Integration ist deswegen nie abgeschlossen, sondern sie ist ein ständiger Prozess. Ich will diese ständige Bemühung nicht mit Sisyphos vergleichen, sondern eher mit dem Kochen und dem Essen, einer ständigen Bemühung, die zu erfreulichen Erlebnissen, aber auch zu schauerlichen Enttäuschungen führen kann, aber ständig betrieben werden muss – und Lebensqualität vermittelt.

## **2. Zuwanderung und Integrationsgeschwindigkeiten**

Städte haben immer von der Zuwanderung gelebt und Menschen zusammengeführt, mit denen Innovation, Produktivität, Fähigkeiten und Fertigkeiten gefördert und neu kombiniert wurden. Dabei umfasste die Zuwanderung alle Stufen der sozialen Leiter, von gesuchten

Spezialisten bis zu Menschen, die Arbeiten verrichteten, für die sich niemand fand. Die Fähigkeit einer Stadt, begehrte Zuwanderer anzuziehen, in neue Beziehungen zu bringen, auszubilden, produktiv zu machen, zu beheimaten und in der nächsten Generation zu Einheimischen zu machen, ist entscheidend für ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einerseits und ihre Lebensqualität andererseits. Städte haben ihre negative demographische Bilanz immer wieder durch Zuwanderung ausgeglichen – eine Entwicklung, die auch heute zu beobachten ist und wegen der Altersstruktur der Zuwanderer aus dem Ausland stabilisierend wirkt. Als erstes Beispiel kann die Alterstruktur der Aussiedler dienen (Schaubild 2).

Die Integration von Zuwanderern und das Zusammenwachsen mit der einheimischen Bevölkerung vollzieht sich in sehr unterschiedlichem Tempo. Aus amerikanischen Beispielen wissen wir, dass es Gruppen gibt, die sofort assimiliert werden, wie viele deutsche Einwanderer in den USA im 20. Jahrhundert (ganz im Gegensatz zum 18. und 19. Jahrhundert) und andererseits Gruppen, die nie akzeptiert werden, wie die Schwarzen, die immer noch durch eine rassistische Barriere von der übrigen Bevölkerung getrennt sind. Die Lage in Deutschland ist nicht derart dramatisch, aber die Unterschiede sind gleichwohl größer als man es zunächst erwarten würde. Das betrifft zunächst die Inter marriage-Raten, die ich mit dem Vergleich der Kinder mit zwei ausländischen Eltern und der Kinder aus deutsch-ausländischen Verbindungen messe. Dabei ergibt sich eine sehr hohe Inter marriage-Rate der spanischen Gruppe und eine relativ geringe, aber ebenfalls von Jahr zu Jahr steigende Rate der türkischen Einwanderungsgruppe (Schaubild 3). Statistisch und auch im Lebensgefühl führt dies zum weitgehenden Aufgehen der spanischen Gruppe in der Bevölkerung innerhalb von zwei Generationen (Schaubild 4), während andererseits die türkische Bevölkerung wegen ihrer relativ hohen, aber deutlich abnehmenden Geburtenraten zahlenmäßig zunimmt (Schaubild 6).

Sehr stark variieren auch die Bildungserfolge der verschiedenen Gruppen (Schaubild 7). Einige Gruppen liegen auf dem Niveau der deutschen Bevölkerung oder überschreiten dieses Niveau sogar geringfügig. Andere Gruppen weisen weit geringe Erfolgswerte auf. Geht man davon aus, dass Bildung der Schlüssel zu Integration und Erfolg der nächsten Generation ist, so sind derart defizitäre Ergebnisse besorgniserregend – nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Standortqualitäten der Städte.

Eine andere Art Variation finden wir in Bezug auf die Einbürgerung. Trotz gleicher Rechtslage unterscheiden sich die Einbürgerungsraten nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen den Kommunen in großem Maße. In diesem Fall ist die Kommunen Hauptakteur. Ursächlich für die großen Unterschiede und die entsprechenden enormen Differenzen in der Dauer der Verfahren ist die Quantität und Qualität des Personaleinsatzes und der Behördenorganisation (Schaubild 8).

Die Umgangssprache, das Einkommen, die Armutsanteile, die Wohnfläche und der Anteil der Besitzer von Eigenheimen sind weitere Kriterien in Bezug auf Integration und Lebensstandard. Bei der von den Einwanderern gesprochenen Sprache können wir eine Übergangssituation beobachten, in der das Deutsche sich schrittweise durchsetzt (Schaubild 9). Die Haushaltseinkommen haben sich im Gesamtvergleich relativ stark angeglichen, vor allem bei den Aussiedlern (Schaubild 10). Das die Daten inzwischen für Gesamtdeutschland erhoben werden, ist innerhalb von Westdeutschland ein etwas geringeres Einkommen der Ausländer und Aussiedler gegenüber den Einheimischen anzunehmen. Dagegen bleiben die Pro-Kopf-Einkommen noch stark hinter denen der Einheimischen zurück, was mit der höheren Kinderzahl zusammenhängt und dementsprechend auch Einheimische mit mehreren Kindern betrifft. Die Armutsraten haben sich in den letzten Jahrzehnten stark erhöht – aber auch hier wieder für die ein bestimmten Prozentsatz der Einheimischen ebenso wie für die Ausländer Staatsangehörigen und die Aussiedler. Interessant ist hier die geringere Armutsbelastung der Aussiedler-Familien.

Auch die Wohnflächen zeigen eine Tendenz zur Angleichung, wobei wiederum die größere Zahl der Haushaltsangehörigen zur berücksichtigen ist, außerdem aber auch die Tatsache, dass die Zuwanderer eher in den Ballungszentren leben, in denen die Wohnungen tendenziell teurer und kleiner sind. Große Differenzen bestehen dementsprechend auch bei den Anteilen der Haushalte mit Wohneigentum. Interessant ist hier, dass Aussiedler stärker

als Ausländer Wohneigentum in Deutschland gebildet haben. Schließlich habe ich eine normative Frage zur Wahl von Ehepartnern angefügt. Wir sehen dabei, dass es in den Augen der Bevölkerung immer legitimer wird, Ausländer zu heiraten – eine Entwicklung, die bezeichnend für ein Land mit hoher Einwanderung und starker Internationalisierung ist. Dies gilt für die westdeutsche Entwicklung, während das ostdeutsche Meinungsbild dahinter zurückbleibt, aber doch schon offener ist als die westdeutsche Konstellation von 1980.

Insgesamt zeigt sich – und deswegen habe ich einige Ergebnisse der Integrationsforschung referiert - also eine Entwicklung hin zu mehr Integration, die den alarmistischen Tendenzen in der Öffentlichkeit nicht entspricht. Und in der Tat ist die Beziehung zwischen den Themen öffentlicher Aufregung und der tatsächlichen Entwicklung bei der Breite der Einwanderer vielfach sehr dünn. Insbesondere kultivieren Einwanderungsländer immer wieder ein Tendenz, eine bestimmte Einwanderergruppe – meist eine neue – zum Problem zu erklären und ihr Andersartigkeit, Integrationsunfähigkeit oder auch Kriminalität zuzuschreiben. Ähnlich funktionieren auch die Zuschreibungsprozesse für Problemstadtteile. Diese Bemerkungen sollen nicht reale Probleme negieren, sondern auf die Diskrepanz zwischen Zuschreibung und Realität hinweisen, die sich in der modernen Mediengesellschaft zuspitzt, in der man seine Meinung immer weniger aus Primärerfahrung und immer mehr aus Medienberichten bildet.

### 3. Kommunale Integrationsarbeit

Kommunale Politik umfasst Regulierungs- und Gestaltungsaufgaben. Sie muss *Marktversagen* korrigieren, also vor allem Auffangnetze für Menschen schaffen, die sich finanziell aus dem Markt heraus nicht erhalten können. Dies betrifft insbesondere Einkommen und Wohnen. Sie muss sich dabei aber vor *Staatsversagen* hüten, das heißt vor Maßnahmen, die stigmatisieren könnten oder kontraproduktiv wirken. In bezug auf Einwanderer bedeutet das möglichst rasche Einbeziehung in die allgemeinen Systeme und Abläufe, mit dem heute modischen Ausdruck gesprochen *mainstreaming*.

Sondermaßnahmen sollte es nur in Bezug auf den Start und die Starthilfe geben, also vor allem für das Lernen der Landessprache, das Finden der ersten Wohnung, eines Arbeitsplatzes bzw. einer Bildungseinrichtung. Dies sind Maßnahmen, die auch für die einheimische Bevölkerung nachvollziehbar sind und nicht den Eindruck einer Bevorzugung erwecken. Der große Integrationserfolg der spanischen Einwanderer in Deutschland ist auf dieser Grundlage zustande gekommen: einer bewussten Entscheidung für die Integration vor allem in das deutsche Regelschulwesen, damals vielfach noch gegen die deutschen Institutionen, die Sondereinrichtungen schaffen wollten.

Ansonsten ist die allgemeine Qualität der Dienstleistungen gerade für Gruppen entscheidend, die sie stärker benötigen als der Mittelstand, der sie sich eventuell auf dem Markt besorgen kann. Ein Kindergarten, der sprachlich qualifiziert, ist eine allgemeine Notwendigkeit, er soll alle Kinder qualifizieren und ist dann auch für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv. Er muss Eltern auch in die Lage versetzen, einer Arbeit nachzugehen. Das ist bei den weit verbreiteten Kindergärten nicht der Fall, die von 12-14 Uhr schließen und damit nicht einmal Halbtagsstätigkeiten erlauben, andererseits aber mit hohem finanziellem Aufwand und inzwischen flächendeckend betrieben werden.

Entsprechendes gilt für die Schule. Eine Schule, die von der Hilfslehrerrolle der Eltern lebt und deren entsprechende Bildung voraussetzt, wird Einwandererkindern nicht gerecht. Dies gilt aber auch für einheimische Kinder. Insofern ist nicht Hausaufgabenhilfe für eine bestimmte Gruppe die Lösung – so positiv ihre Durchsetzung auch gewirkt hat -, sondern eine allgemeinbildende Schule, die ihre Funktionen voll ausfüllt.

Auch im Wohnbereich sind nicht so sehr Sondermaßnahmen für bestimmte Gruppen die Lösung – sie bergen vielmehr die Gefahr der Stigmatisierung -, sondern ein sozialer Wohnungsbau und eigentumsfördernde Maßnahmen, die allen zu gute kommen und den Wohnungsmarkt balancieren. „Ghettos“ sind bisher in Deutschland nur dort entstanden, wo Großsanierungen oder –abrisse jahrzehntelang geplant waren und dann nicht stattgefunden haben, beispielsweise in Teilen Kreuzbergs und in einem Duisburger Stadtteil. In

bestimmten Siedlungen im nördlichen Ruhrgebiet hat eine gezielte Belegungspolitik Konzentrationen geschaffen. Beides sind also Ergebnisse gezielter städtischer bzw. betrieblicher Aktivitäten, sie lösen allerdings ständig Zuschreibungsprozesse und Stigmatisierungsgefühle aus.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Sondermaßnahmen ebenfalls zu Beginn der Einwanderung sinnvoll, beispielsweise zur Anerkennung von Voraussetzungen, angefangen bei Führerschein oder zu entsprechenden Schulungen. Bei hoher Arbeitslosigkeit wird es immer schwierig sein, Einwanderer einzufädeln, außer wenn sie sich durch besondere Qualitäten auszeichnen, sei es durch Spezialisierung oder besondere Arbeitshaltungen. Ansonsten kann es nur um das Management von Angebot und Nachfrage und um eine Entfesselung des Arbeitsmarktes gehen, an der einige Kommunen ja schon lange arbeiten.

Aus der Gesundheitsforschung ist bekannt, dass Migranten stärker an bestimmten Krankheiten leiden als die einheimische Bevölkerung, dass sie aber an anderen Krankheiten weniger leiden als die einheimische Bevölkerung. Das betrifft insbesondere die typischen Wohlstandskrankheiten und wird als „healthy migrant syndrom“ bezeichnet. Ähnlich ist es auch in anderen Lebensbereichen. Verglichen mit der einheimischen Bevölkerung weisen Zuwanderer nicht einfach nur Defizite auf, sondern durchaus auch Stärken. Das gilt für die Kinderzahl, für die Stabilität von Familienbindungen und für die Bereitschaft, hart zu arbeiten – eine Einstellung, die in Deutschland Einwanderern glücklicherweise durchaus zugeschrieben wird.

**Schaubild 1: Einbürgerungsraten im Vergleich ausgewählter OECD-Länder  
(in Prozent der an der ausländischen Bevölkerung)**

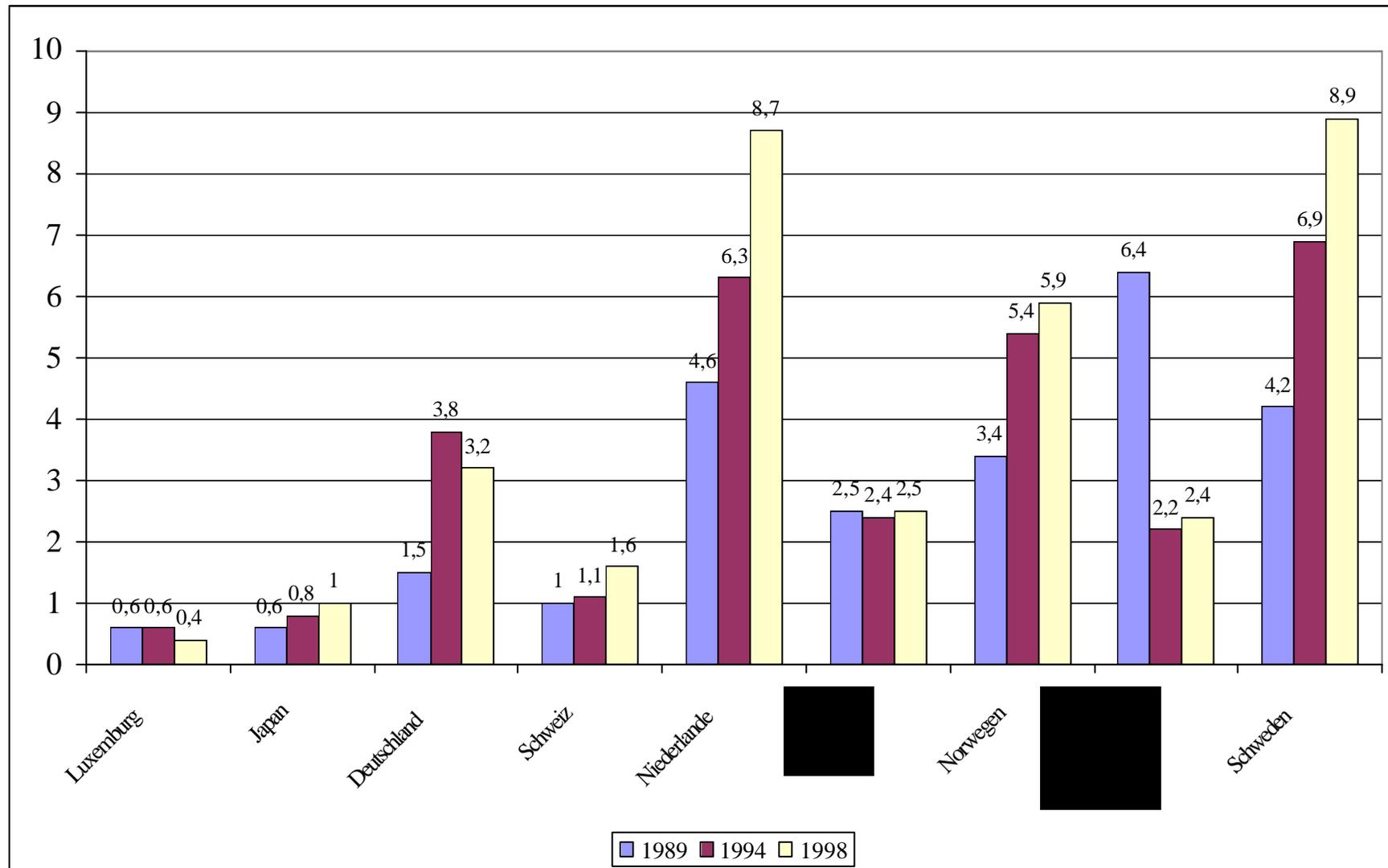
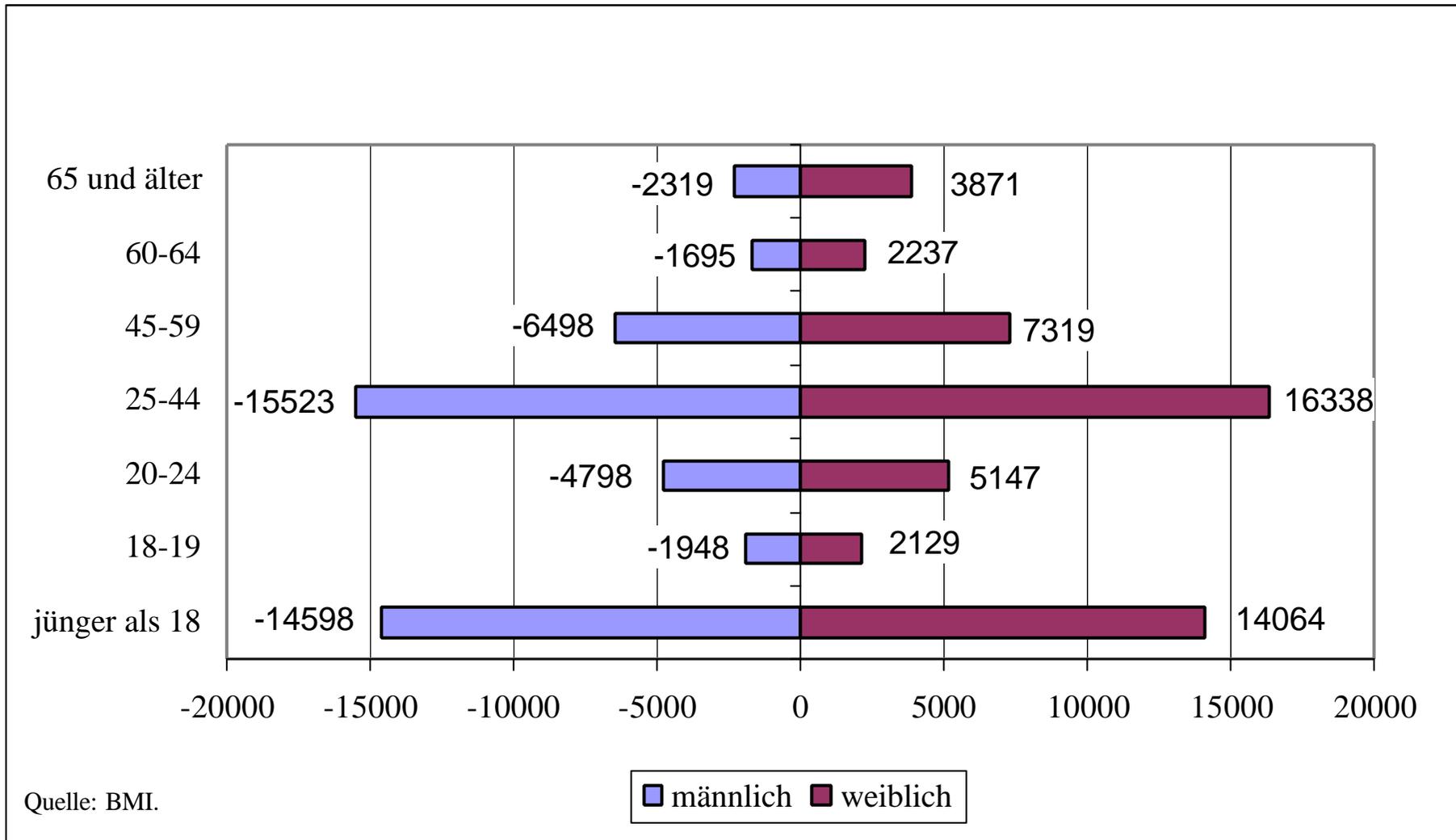
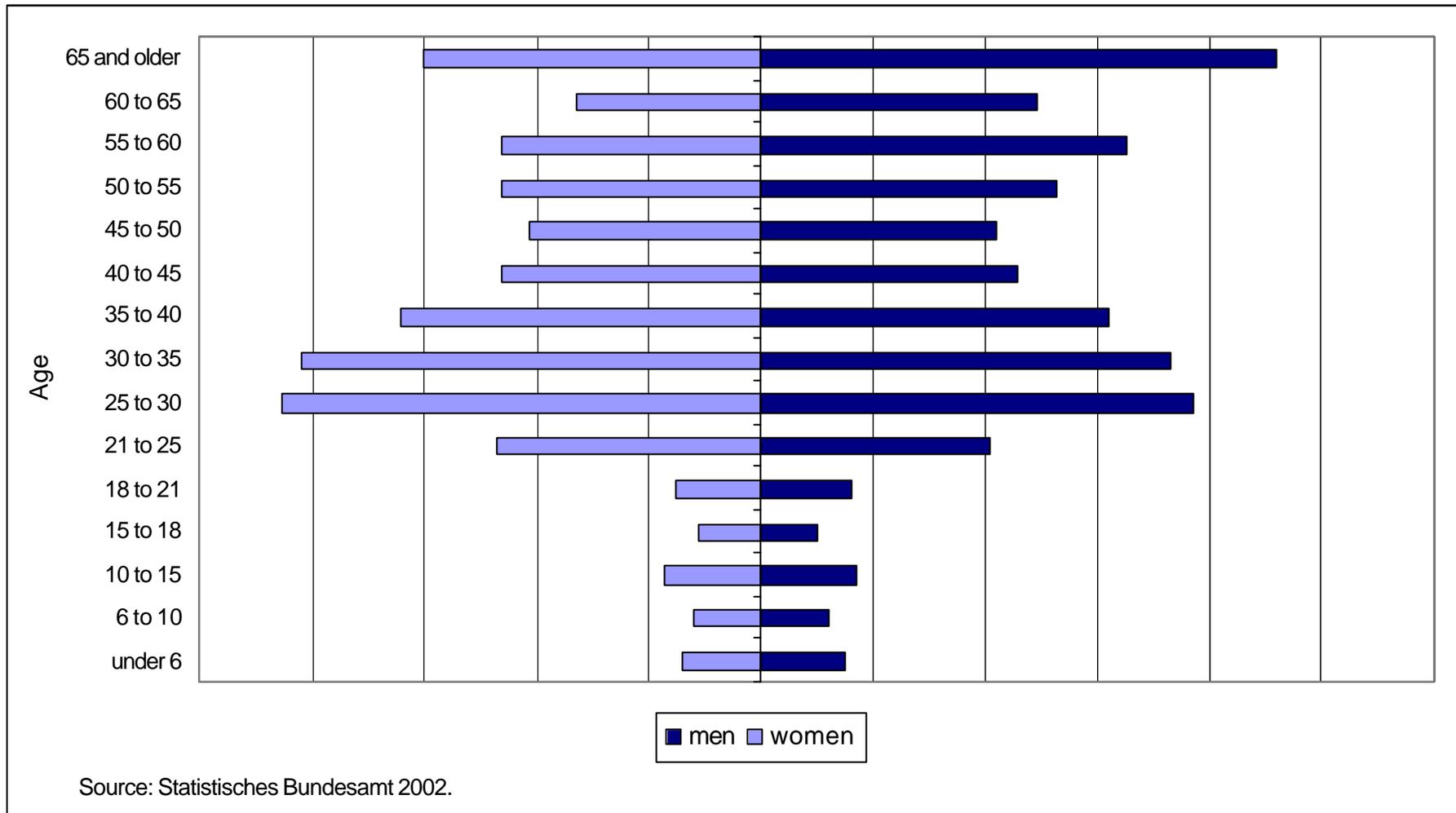


Schaubild 2: Altersstruktur der Aussiedler 2001



**Schaubild 3: Altersstruktur der spanischen Staatsangehörigen, 31. Dezember 2001**



**Schaubild 4: Altersstruktur der türkischen Staatsangehörigen, 31. Dezember 2001**

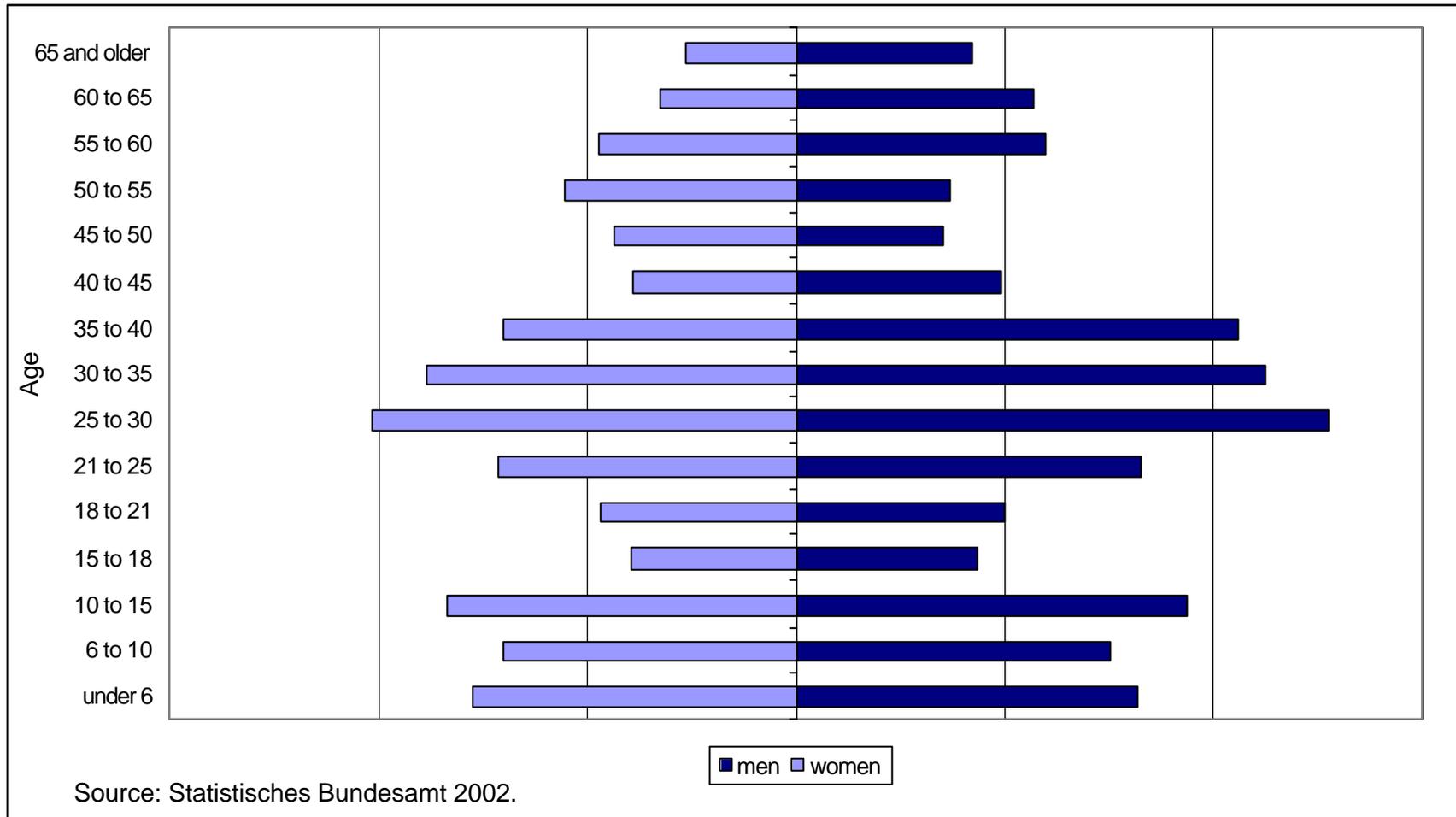
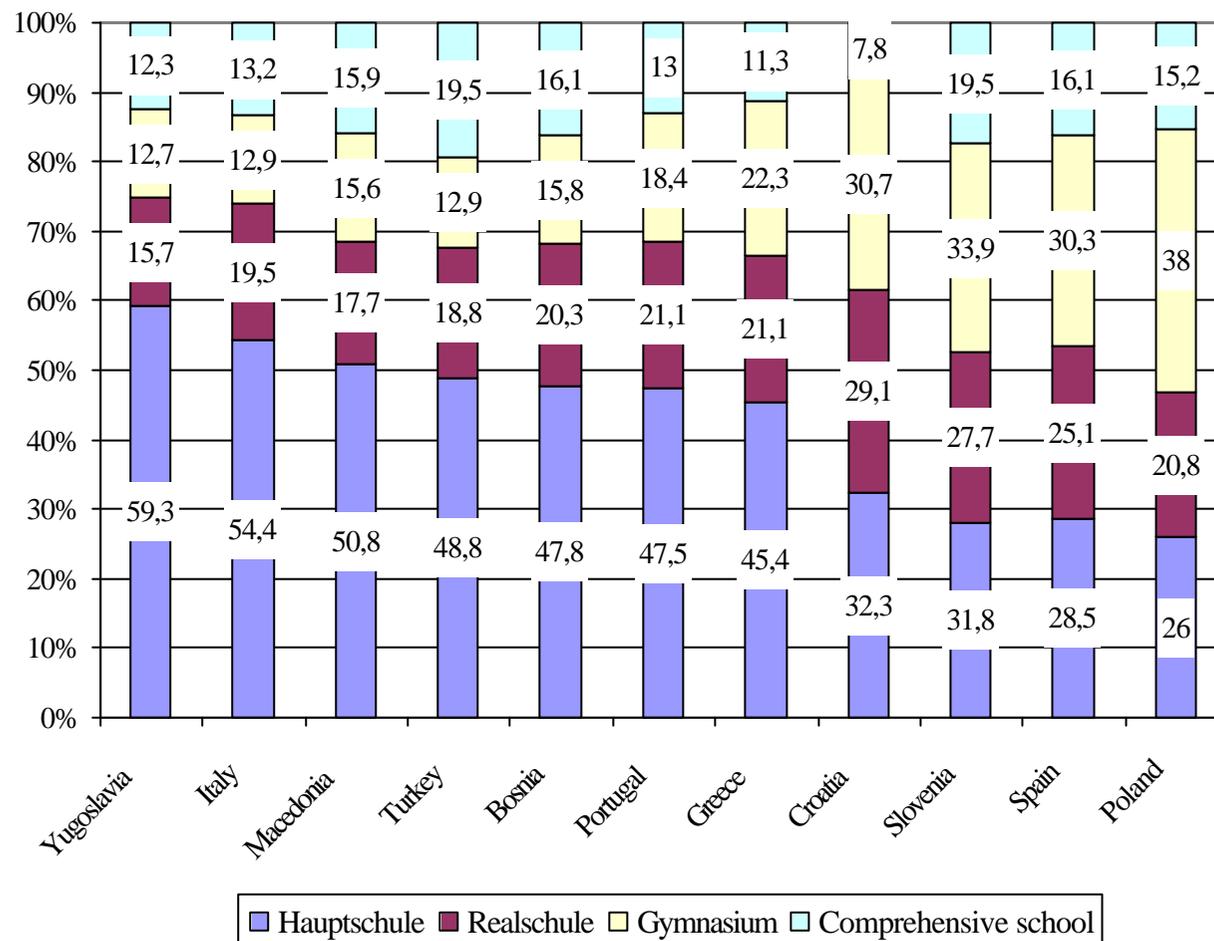
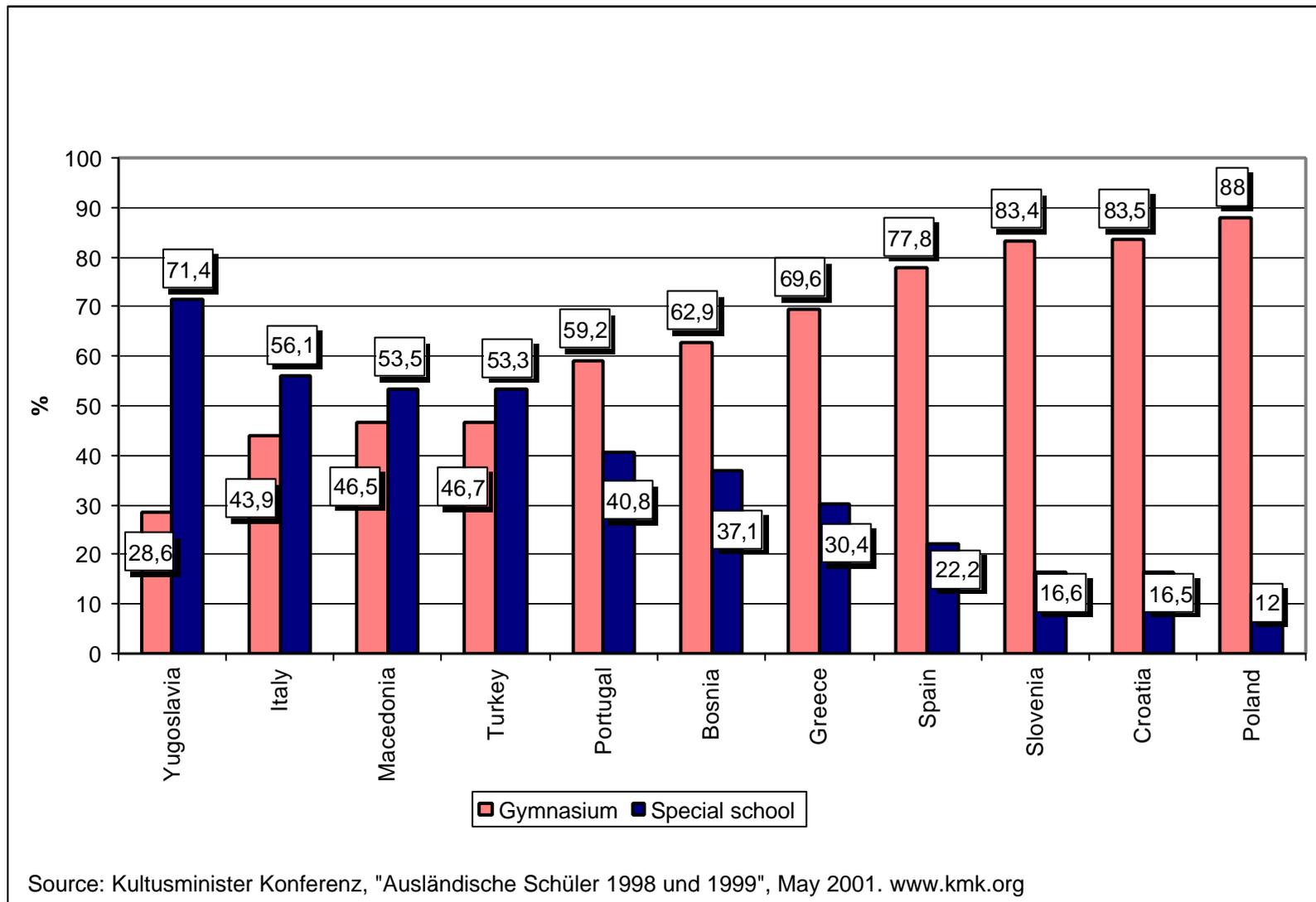


Schaubild 5: Ausländische Schüler in Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule 1999 (%)

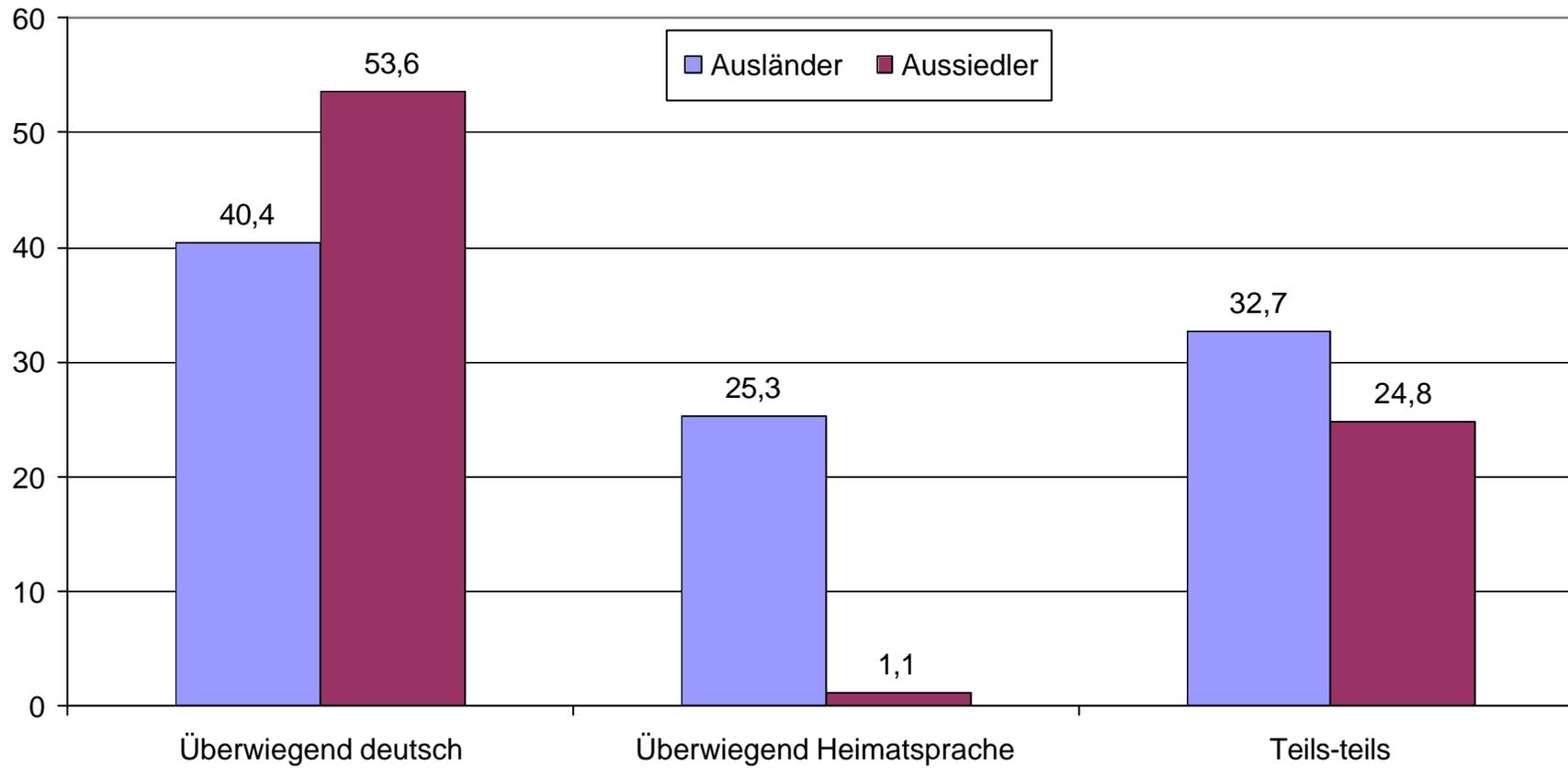


Source: Kultusminister Konferenz, „Ausländische Schüler 1998 und 1999, May 2001. www.kmk.org

**Schaubild 6: Ausländische Schüler an Gymnasien und Sonderschulen im Vergleich 1999 (%)**

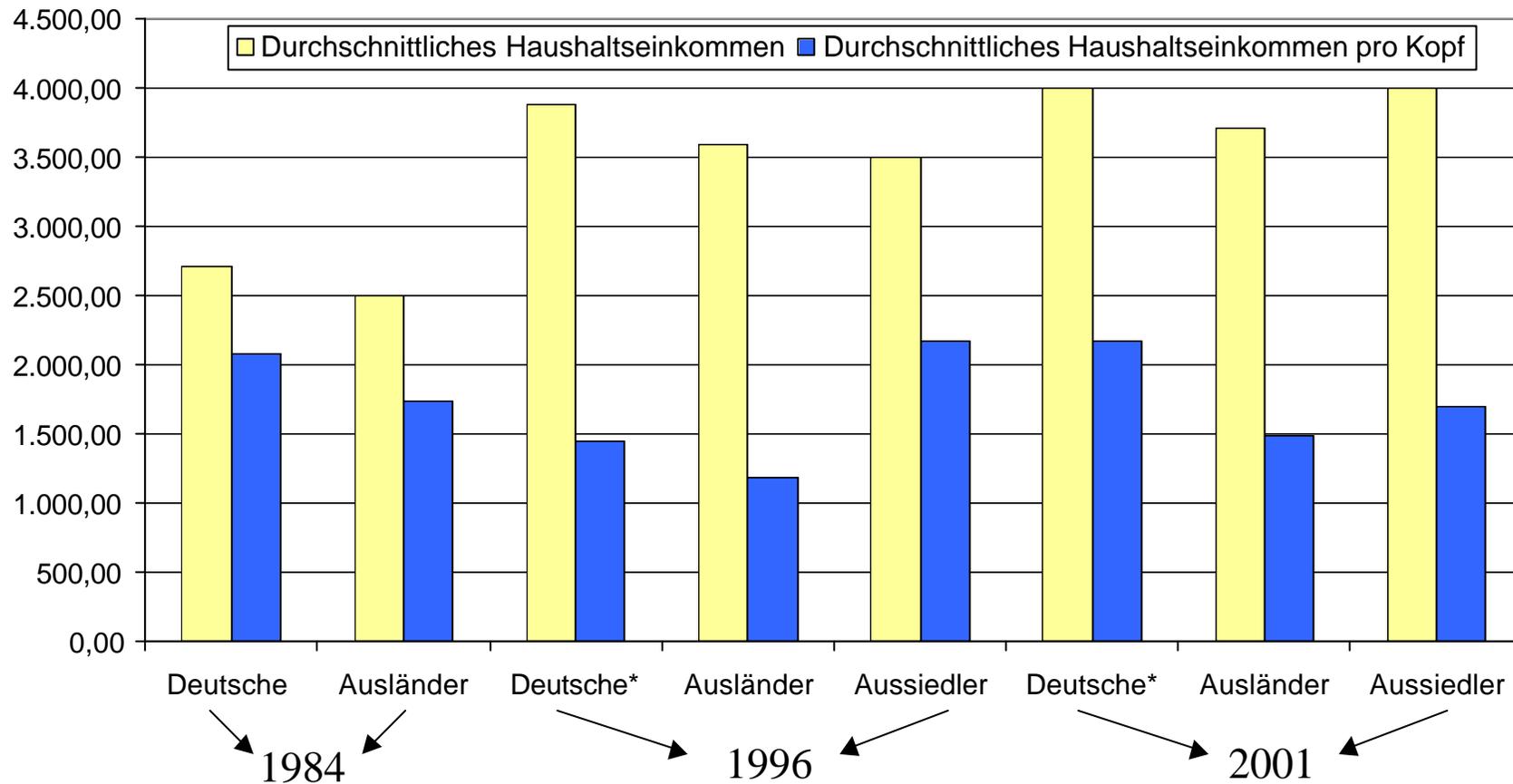


**Schaubild 7: Umgangssprache von Ausländern und Aussiedlern in Deutschland 2001 (in %)**



Quelle: SOEP

**Schaubild 8: Haushaltseinkommen von Deutschen, Ausländern und Aussiedler 1984, 1996, 2001 (in DM)**

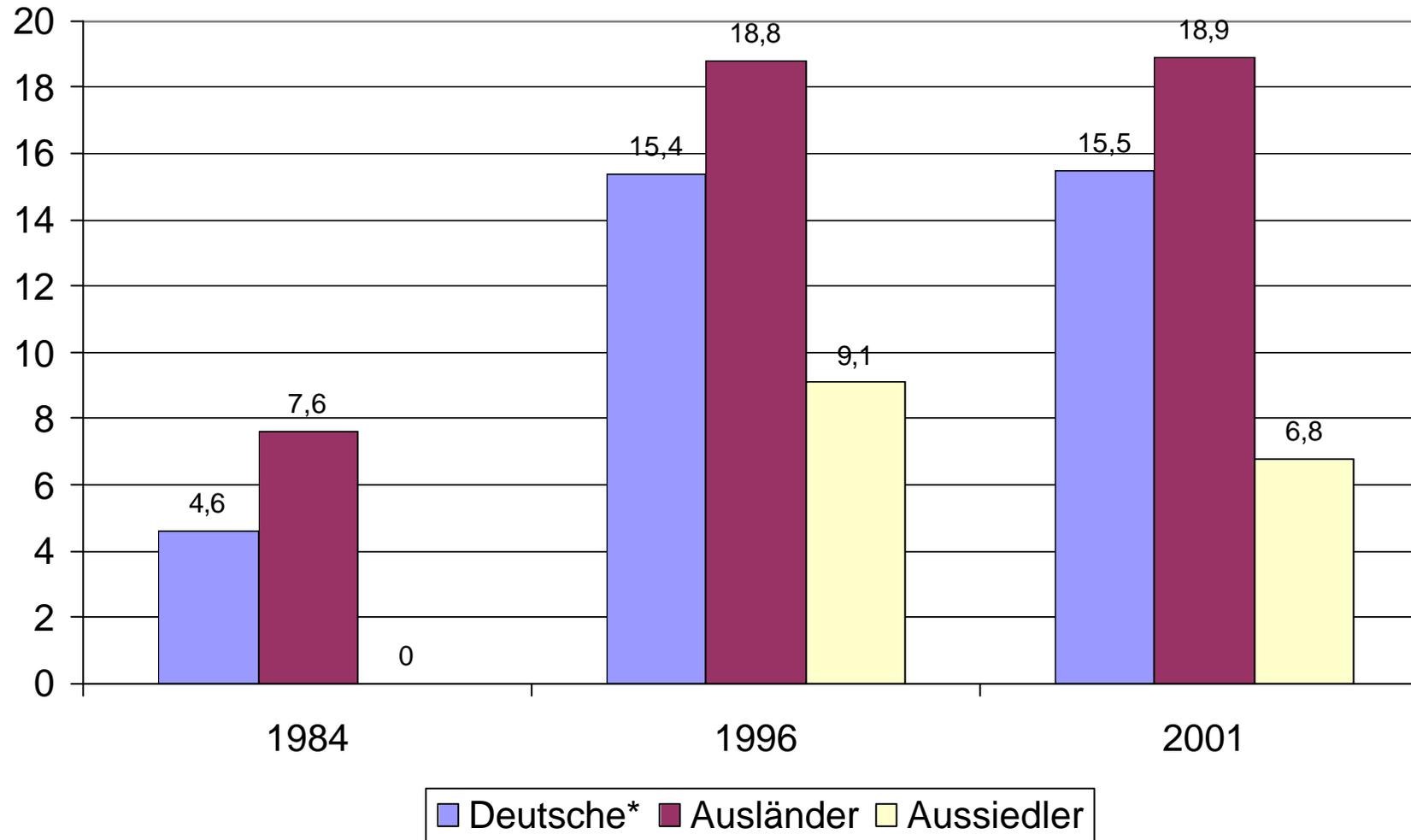


Durchschnittliche  
Haushaltsgröße

2,62      3,02      2,16      2,98      3,29      2,07      2,93      2,75

\* ohne Aussiedler      Quelle: SOEP

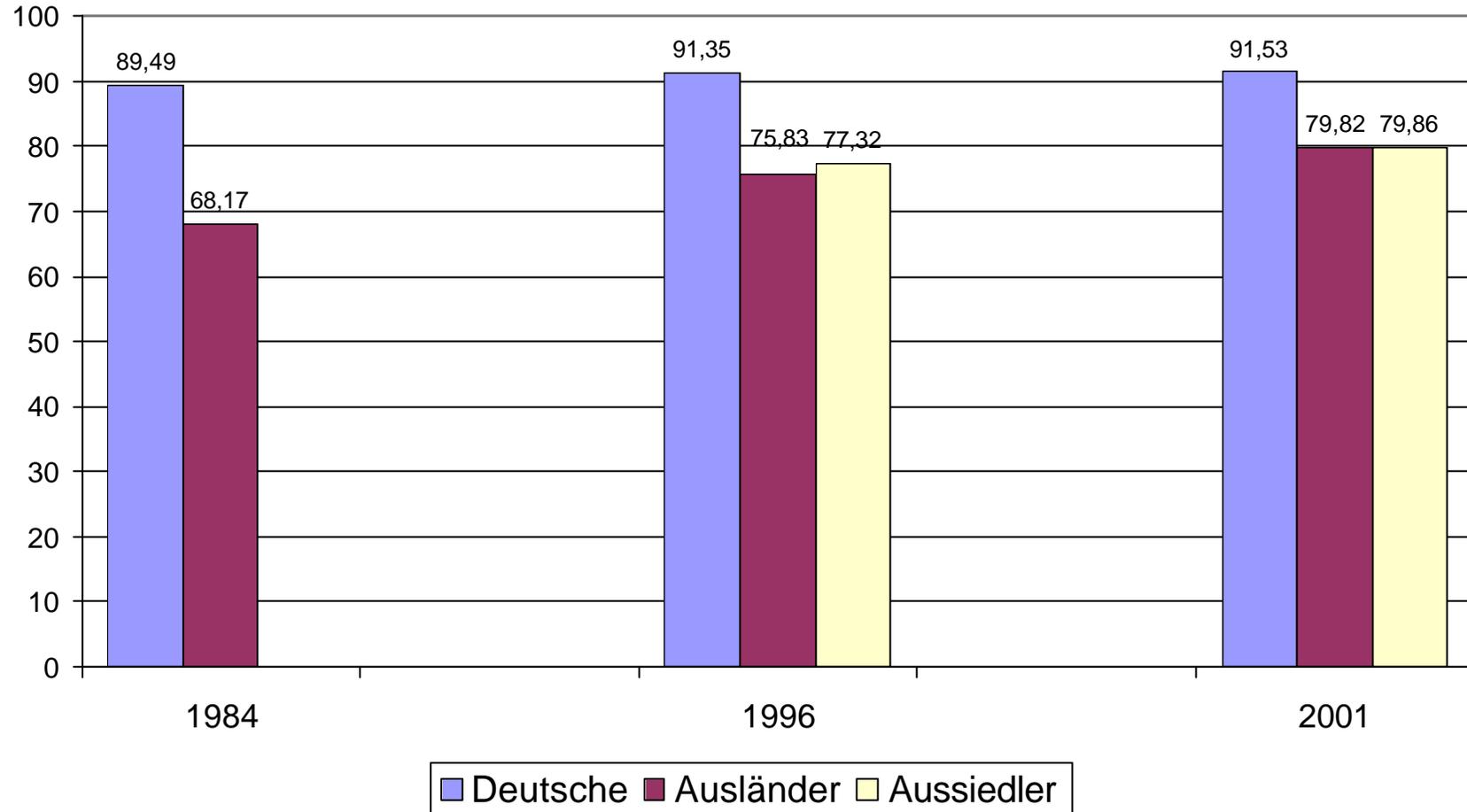
**Schaubild 9: Haushalte mit weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommen  
(in %)**



\* 1996 und 2001 ohne Aussiedler

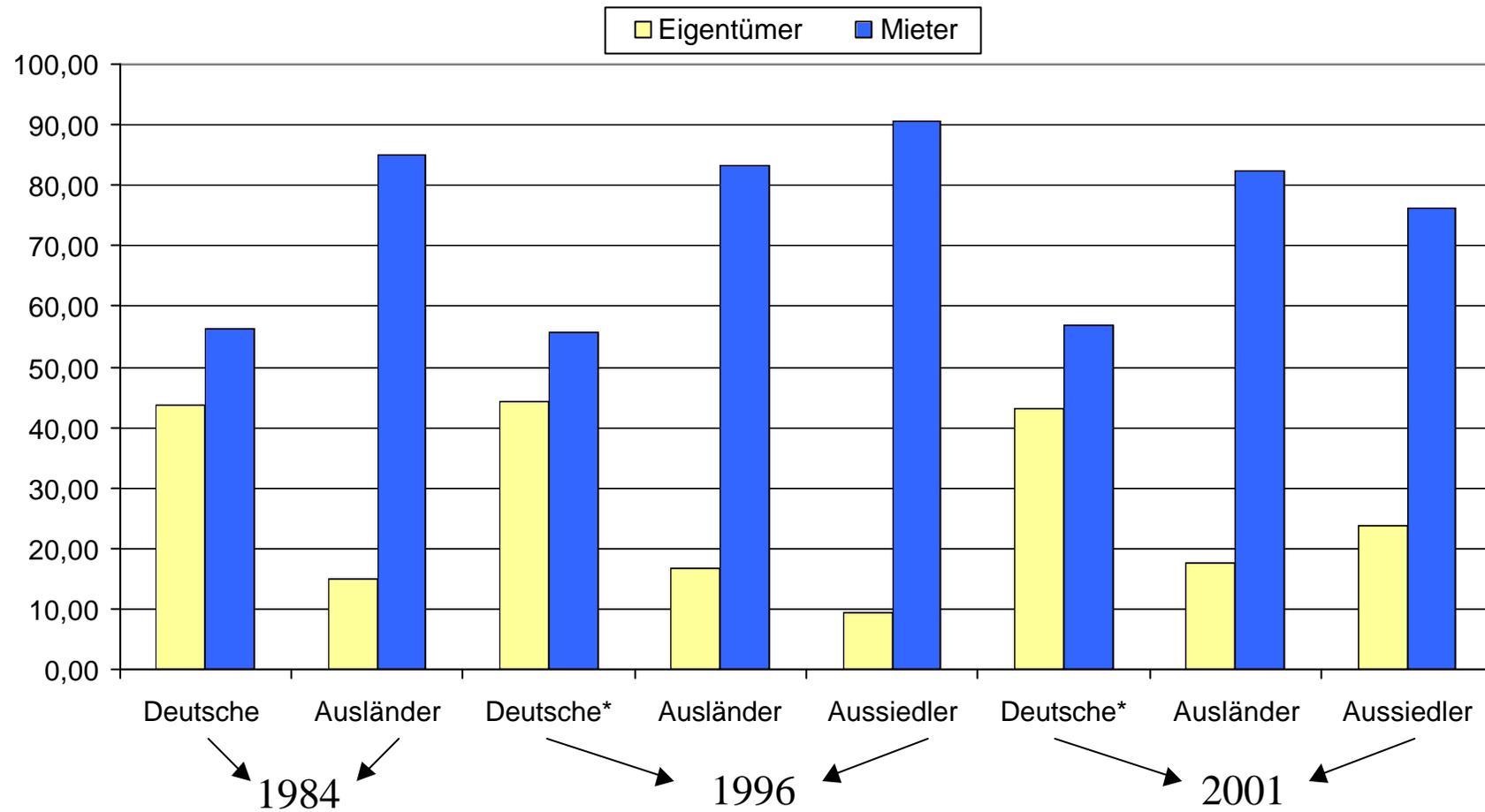
Quelle: SOEP

**Schaubild 10: Durchschnittliche Wohnfläche von Haushalten mit deutschem, ausländischem und ausgesiedeltem Haushaltsvorstand (in qm)**



Quelle: SOEP

**Schaubild 11: Anteile an Eigentümern und Mietern von Haushalten mit deutschem, ausländischem und ausgesiedeltem Haushaltsvorstand (in DM)**

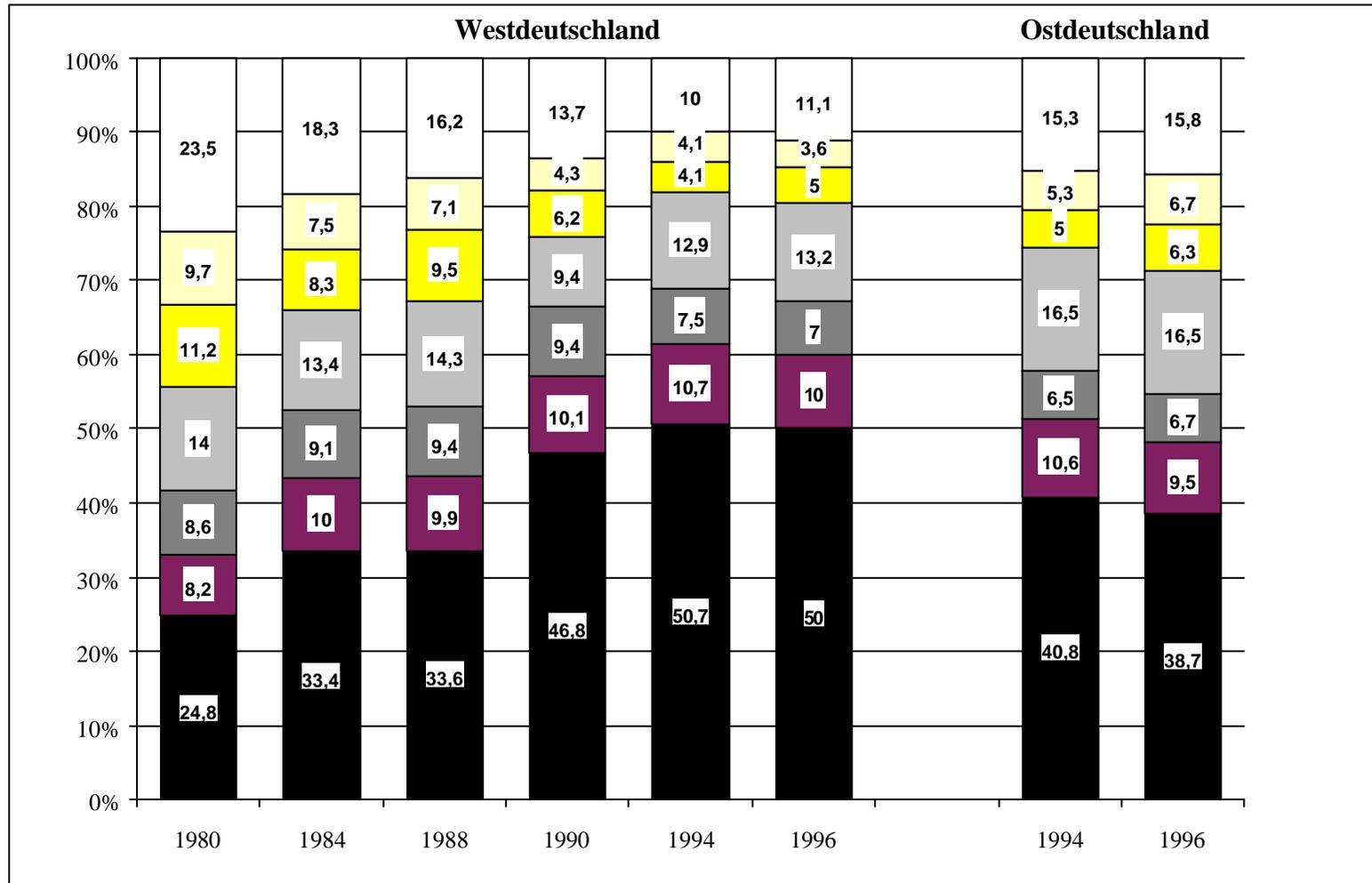


\* ohne Aussiedler Quelle: SOEP

**Schaubild 12: Sollten Ausländer unter sich heiraten?**

**Stellungnahme zu Äußerung: „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen“. Skala von 1-7.**

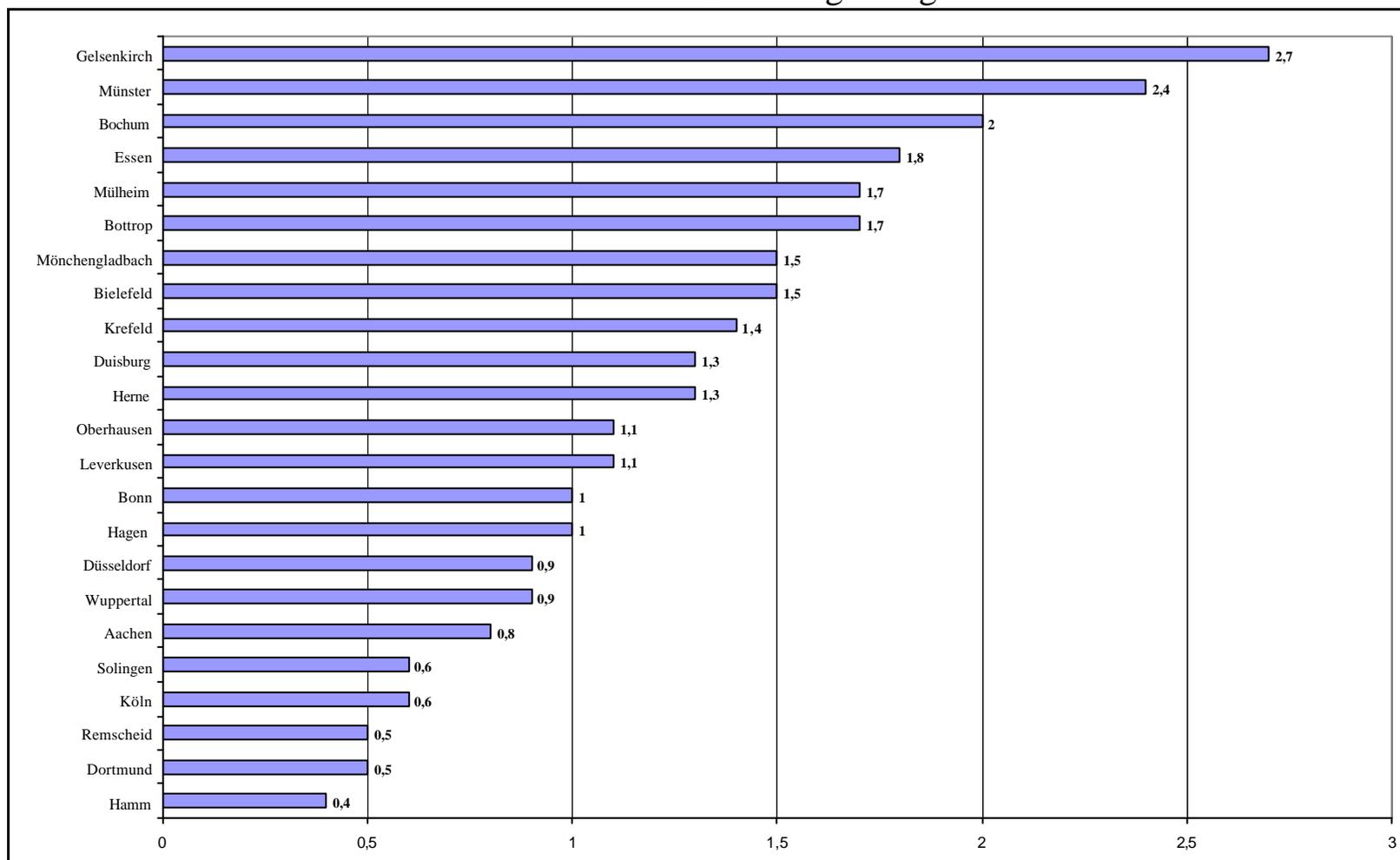
1 bedeutet: Stimme überhaupt nicht zu. 7 bedeutet Stimme voll und ganz zu.



Quelle: Allbus-Umfragen

## Anspruchseinbürgerungen von Türkinnen und Türken in den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens 1996

- in % der türkischen Staatsangehörigkeiten -



Quelle: Thränhardt, Dietrich: Regionale Ansätze und Schwerpunktaufgaben der Integration von Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. In: Ders.: Texte zu Migration und Integration in Deutschland. Münster 1999, S. 54.

**Tabelle 1: Geburten aus deutsch-ausländischen und aus ausländischen Ehen**

	Geburten aus ausländischen Ehen				Geburten aus deutsch-ausländischen Ehen				Anteil %
	1980	1990	1995	1997	1980	1990	1995	1997	1997
Türken	39658	43921	41733	44956	1336	2572	4275	6880	13,5
ehem. Jugosl.	9287	4870	7121	7492	2454	2505	1789	2333	23,7
Italiener	9871	6096	4776	5215	3819	4258	3728	3814	42,2
Griechen	3904	3124	3578	3698	834	1022	1071	1101	22,9
Spanier	1723	495	305	282	1068	1238	1201	1272	81,2
Quelle: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland 1999; eigene Berechnungen.									

## Minderheitenkinder in den niederländischen Sekundarschul-Typen in Prozent

	1992-93	1994-95	1996-97	1997-98
Besondere Schulen (VSO)	14,7	17,4	18,8	19,0
Individuelle Vorbereitungsschulen für berufliches Training (IVBO)	19,0	19,6	20,0	22,1
Vorberufliche Schulen (VBO)	8,5	8,9	9,0	9,3
Allgemeine Sekundarschulen (AVO)	3,8	4,3	4,9	5,0

Quelle: Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, Minderhedenbeleid 1999. Jaaroverzicht integratiebeleid Etnische Groepen 1999. Den Haag 1999 (Tweede Kamer der Staten-Generaal. Vergaderjaar 1998-1999, 26210), S. 49.

